

1936 A

An den
Vorsitzenden des Hauptausschusses
über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei – G Sen –

**Statusbericht über die Haushaltslage per 31.10.2024
sowie Beantwortung der Fragen zum Statusbericht per 30.06.2024**

Rote Nummer: 1936

Vorgang: 40. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 14.12.2023
Auflage II.B. 130 b) zum Haushaltsgesetz 2024/2024
(Drucksache 19/1350)
sowie
66. Sitzung des Hauptausschusses vom 09.10.2024

Das Abgeordnetenhaus hat in seiner oben bezeichneten Sitzung die folgende Auflage II.B.130 a) und b) zum Haushaltsgesetz 2024/2025 (Drucksache 19/1350) beschlossen:

”“““

- a) Die für Finanzen zuständige Senatsverwaltung wird aufgefordert, dem Hauptausschuss jährlich per 30. Juni einen ressortbezogenen Statusbericht über die Haushaltslage mit einer zusammenfassenden Prognose für den Jahresabschluss des Gesamthaushalts vorzulegen und
- b) diese Prognose bei der Vorlage zum Ergebnis der November-Steuerschätzung auf Basis aktueller Erkenntnisse anzupassen und spätestens bis zur letzten Sitzung des Hauptausschusses im laufenden Jahr zu berichten.“

Der Hauptausschuss hat in seiner oben bezeichneten Sitzung folgendes beschlossen:

„SenFin

wird gebeten, dem Hauptausschuss tabellarisch die Erhöhung der Transferausgaben detailliert für alle Unterpunkte darzustellen (siehe S. 6 der roten Nummer 1936) sowie folgende Punkte zum Statusbericht zu beantworten:

1. Warum wird im Bereich der EU-Strukturfondsmittel mit geringeren Einnahmen von 61 Mio. Euro gerechnet? Welche Gründe liegen der Prognose zu Grunde und in welchen Bereichen stehen weniger Mittel zur Verfügung?

[...]

3. Liegen die geminderten Zuweisungen für Investitionen vom Sondervermögen „Schulbaufinanzierungsfonds“ in Höhe von 152 Mio. Euro darin begründet, dass einige erst für 2024 geplante Maßnahmen vorgezogen und bereits in 2023 umgesetzt wurden?“

Der Hauptausschuss nimmt den nachfolgenden Bericht zur Kenntnis.

Hierzu wird berichtet:

Statusbericht über die Haushaltslage 2024 per 31.10.2024

Dieser Statusbericht bezieht sich auf die Ansätze des 2. Nachtrags 2024 und schreibt den Statusbericht per 30.06.2024 fort - der sich stichtagsbedingt jedoch noch auf die Ansätze des ersten Nachtrags 2024 bezog. Die Senatsverwaltungen und Bezirke haben ihre Juni-Prognosen aktualisiert, die von der Senatsverwaltung für Finanzen geprüft, gegebenenfalls fortgeschrieben und ergänzt wurden. Die Prognose enthält die summarisch prognostizierten Ergebnisse der Bezirke und berücksichtigt das Ergebnis der Steuerschätzung von Oktober 2024. Die Prognosen unterliegen bis zum Jahresabschluss weiteren Einflüssen.

A. Bereinigte Einnahmen, Bereinigte Ausgaben, vorläufiger Finanzierungssaldo

Mio. €	Ansatz	Prognose	Abweichung	Abweichung
Bereinigte Einnahmen	36.146	36.536	390	1%
Bereinigte Ausgaben	40.304	40.709	405	1%
vorl. Finanzierungssaldo	-4.158	-4.173	-15	

Nach der Steuerschätzung vom Oktober 2024 werden gegenüber dem mit dem 2. Nachtrag nachgesteuerten Plan höhere Steuereinnahmen von +45 Mio. Euro und bei den sonstigen Einnahmen inklusive der Vermögensaktivierung Mehreinnahmen von +345 Mio. Euro erwartet. Dies resultiert weiterhin insbesondere aus den Mehreinnahmen bei den Bundesbeteiligungen an den Transferausgaben, denen ausgabeseitig jedoch deutlich höhere Ausgaben gegenüberstehen (Bruttoeffekt).

Ausgabeseitig ergeben sich bedingt durch diese erheblich höheren bezirklichen Transferausgaben, die Fluchtbewegungen sowie die wirtschaftliche Lage mit inflationären Tendenzen und Energiekostensteigerungen um 1.769 Mio. Euro höhere konsumtive Sachausgaben ohne Zinsausgaben. Diese werden nur zum Teil von geringeren Personalausgaben (-541 Mio. Euro), Investitionsausgaben (-498 Mio. Euro) und Zinsausgaben (-320 Mio. Euro) haushaltsentlastend kompensiert.

Das Haushaltsjahr 2024 schließt demnach voraussichtlich mit höheren Bereinigten Einnahmen von 390 Mio. Euro (Juni: 318 Mio. Euro) und höheren Bereinigten Ausgaben von 405 Mio. Euro (Juni: 716 Mio. Euro) gegenüber den mit dem zweiten Nachtrag nachgesteuerten Ansätzen des Haushaltsplans 2024 ab. Das vorläufige Finanzierungsdefizit, das Verhältnis der Bereinigten Einnahmen zu den Bereinigten Ausgaben, fällt mit 4.173 Mio. Euro (Juni: 4.529 Mio. Euro) um rund 15 Mio. Euro (Juni: 398 Mio. Euro) schlechter aus als geplant.

Durch die aktualisierte Prognose per 31.10.2024 ergeben sich folgende wesentliche Änderungen gegenüber den Ansätzen des zweiten Nachtrags 2024 sowie dem Statusbericht per 30.06.2023 (Juniprognose):

A.1. Steuereinnahmen im weitesten Sinne

Nach dem Ergebnis der Steuerschätzung vom Oktober 2024 werden für das Jahr 2024 Steuereinnahmen i.w.S. (Steuereinnahmen und Bundesergänzungszuweisungen, Kraftfahrzeugsteuer-Kompensation) von 29.222 Mio. Euro (+45 Mio. Euro über Ansatz) erwartet.

Signifikanten Einfluss auf die Einnahmeentwicklung des laufenden Jahres (sowie der Folgejahre) entfaltet der Zensus 2022. Infolge der im Vergleich zur bundesweiten Entwicklung stärkeren Korrektur der Einwohnerzahlen in Berlin durch den Zensus 2022 verliert Berlin im Zeitraum 2022 bis 2028 strukturelle Steuereinnahmen in der Spanne von 450 Mio. Euro bis zu 540 Mio. Euro pro Jahr (RN 1906). Die Steuermindereinnahmen setzen sich auch in den Folgejahren weiter fort.

Berlin hatte im Zusammenhang mit dem Zensus vorgesorgt und im Haushalt und in der Finanzplanung eine pauschale Mindereinnahme (PMiE) „Zensus“ veranschlagt, die zwischenzeitlich mit dem 2. Nachtragshaushalt 2024 um 150 Mio. Euro auf -400 Mio. Euro abgesenkt wurde. Nach gegenwärtigen Erkenntnissen wird die Vorsorge im Jahr 2024 ausreichen, um die erwartete kassenmäßige Zensuswirkung für Berlin im Jahr 2024 von voraussichtlich -347 Mio. Euro ausgleichen zu können. Bedingt durch die nachlaufende Abrechnungssystematik des Finanzausgleichs zwischen Bund und Ländern werden im Jahr 2024 nur $\frac{3}{4}$ des strukturellen Zensus effektes für das Jahr 2024 wirksam werden und sich $\frac{1}{4}$ der Wirkung in das Jahr 2025 verschieben. Diese Verteilungswirkungen sind in der Steuerschätzung vom Oktober 2024 vollständig enthalten und prognostisch berücksichtigt.

Insgesamt ist eine schwache gesamtwirtschaftliche Entwicklung infolge ungünstiger konjunktureller Rahmendaten sowie struktureller Probleme der deutschen Volkswirtschaft zu verzeichnen. Die Prognoseunsicherheiten der Konjunktur- und der Steuerschätzung sind vor allem mit Blick auf das außenwirtschaftliche Umfeld unverändert sehr hoch.

A.2. sonstige Einnahmen

Bei den sonstigen Einnahmen inklusive der Vermögensaktivierung wird mit rund 7,3 Mrd. Euro eine nahezu gleichbleibende Abweichung von +345 Mio. Euro (Juni: +342 Mio. Euro) prognostiziert.

Bei der Umsetzung der **ESF/EFRE** -Förderung müssen die Mitgliedstaaten mit nationalen Mitteln in Vorfinanzierung gehen. Die vom Land Berlin getätigten, förderfähigen Ausgaben werden gegenüber der Kommission über Zahlungsanträge abgerechnet (Erstattungsprinzip). Die prognostizierten Einnahmen richten sich daher u.a. nach dem Umfang der gestellten und abgerechneten Zahlungsanträge. Zwischenzeitlich konnten weitere Anträge gestellt werden, sodass per 31.10.2024 mit Mindereinnahmen von 13 Mio. Euro (Juni: -61 Mio. Euro) gegenüber Ansatz gerechnet wird. Aufgrund der Vorfinanzierung der Mittel durch das Land Berlin ergeben sich durch die geringer prognostizierten Erstattungszahlungen im HHJ 2024 keine Auswirkungen auf die zur Förderung zur Verfügung stehenden Mittel.

A. 3. Personalausgaben

Die Prognose der Personalausgaben zeigt sich mit 11.758 Mio. Euro (-541 Mio. Euro) gegenüber der Juniprognose nur sehr geringfügig verändert (Anlage 2).

A.4. Konsumtive Sachausgaben

Im konsumtiven Bereich lassen die sächlichen Verwaltungsausgaben (OGr. 51-54) eine Überschreitung der Ansätze um 191 Mio. Euro, die konsumtiven Zuschüsse und Zuweisungen (HGr. 6) um 1.419 Mio. Euro erwarten. Diese Überschreitungen werden nur teilweise durch korrespondierende Einnahmen (Bruttoeffekt) bzw. veranschlagte pauschale Vorsorgen gegenfinanziert, sodass sich eine Abweichung um 100 Mio. Euro gegenüber Juni abzeichnet.

Ursächlich sind weiterhin v.a. aktuelle Fluchtbewegungen, Energiekostensteigerungen und inflationäre Tendenzen, die gegenüber Juni ausgehend von bekannten Sachverhalten in der Hauptverwaltung zu nennenswerten Abweichungen in den folgenden Bereichen führen:

- Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (+516 Mio. Euro statt +400 Mio. Euro, saldiert); vor allem für Dienstleistungen, Unterbringung, den Ersatz von Ausgaben sowie Zuschüsse an die BIM für Bauunterhaltungsmaßnahmen.
- Verkehr: Aufwendungen für das Deutschlandticket (+98 Mio. Euro anstatt +34 Mio. Euro, Hochrechnung der aktuellen Abschlagszahlungen an die Verkehrsunternehmen), geringere Inanspruchnahme des Berlin-Abos (-100 Mio. Euro statt -76 Mio. Euro; geringerer Verkaufszahlenanstieg); Minderausgaben werden anteilig zur Finanzierung des Landesanteiles des Mehrbedarfs von 49 Mio. Euro für das Deutschlandticket herangezogen.

Des Weiteren werden gegenüber Juni mit 8.873 Mio. Euro um 19 Mio. Euro geringere **Transferausgaben** (+1.117 Mio. Euro, Juni: +1.136 Mio. Euro) prognostiziert. Prognostisch berücksichtigt sind hierbei bereits die bezirklichen Transferausgaben für die Unterbringung, Versorgung und Integration von Geflüchteten.

Mio. Euro	Ansätze	Prognose	Abweichung	Abweichung
Kindertagesstätten (einschl. Tagespflege)	2.416	2.571	155	6%
Hilfen zur Erziehung	713	852	140	20%
Grundsicherung SGB XII (ohne Darlehen)	759	900	141	19%
Wohngeld	187	220	33	18%
sonstige Transfers Hauptgruppe 6	782	854	73	9%
Hilfen in besonderen Lebenslagen (ohne Krankenhilfe)	1.348	1.605	256	19%
KdU für SGB II - Empfangende	1.455	1.690	235	16%
Hilfen zum Lebensunterhalt Asyl	96	111	15	16%
Inflationsausgleichsprämie	1	70	69	6900%
Gesamte Transferausgaben	7.757	8.873	1.117	14%

Im Übrigen lässt die Aggregatentwicklung höhere konsumtive Ausgaben von 37 Mio. Euro durch eine Vielzahl von saldierten Einzelsachverhalten mit Abweichungen von weniger als +/-20 Mio. Euro im Einzelfall erwarten (mehr als 5.100 Buchungsstellen).

Für einen anteiligen Ausgleich der konsumtiven Mehrausgaben sind zentrale und dezentrale Pauschalen etatisiert (z.B. Pauschale Minderausgaben, Steuerungsreserve, Fluchtpauschale), die sich ausgabemindernd bzw. kompensierend auf das Aggregat auswirken.

Darüberhinausgehende Haushaltsverschlechterungen müssen zwangsläufig durch höhere Entnahmen aus zentralen Rücklagen finanziert werden.

A.5 Ausgaben – Investitionsausgaben

Die Investitionsausgaben bleiben mit 4.650 Mio. Euro voraussichtlich um 498 Mio. Euro (Juni: 331 Mio. Euro) hinter den mit dem 2. Nachtrag insgesamt leicht gestiegenen Ansätzen zurück; würden damit jedoch 740 Mio. Euro über dem Vorjahr liegen.

Per 31.10. beträgt der Ausschöpfungsgrad bei den Investitionsausgaben rd. 54 %. Im Vergleich zum Ausschöpfungsgrad des Vorjahreszeitraums 2023 (63 %) ergibt sich eine leicht fallende Entwicklung. Absolut sind die Gesamtausgaben jedoch um ca. 12 % gestiegen.

Während die Juniprognose der sonstigen Investitionsausgaben (HGr. 8) mit 3.800 Mio. Euro bestätigt wird, werden die Bauausgaben mit 850 Mio. Euro um 140 Mio. Euro leicht geringer prognostiziert (Juni: 990 Mio. Euro), was insbesondere auf die Erbringung der zentralen pauschalen Minderausgaben zurückgeht.

Die konkrete Höhe der Entnahmen aus dem **Sondervermögen Schulbaufinanzierungsfonds** in einem Haushaltsjahr orientiert sich daran, welche Einnahmen aufgrund der steigenden Istausgaben für den Schulbau für einen Haushaltsausgleich benötigt werden. Im Jahr 2023 wurden u.a. im zentralen Schulbaukapitel 2712 Maßnahmen vorgezogen, so dass höhere Istausgaben als geplant geleistet und 152 Mio. Euro zusätzlich entnommen werden mussten.

A.6 Zinsausgaben

Die Zinsen entwickelten sich weiterhin sehr vorteilhaft und fallen gegenüber Juni um weitere 80 Mio. Euro geringer aus (-320 Mio. Euro; Juni -240 Mio. Euro), was u.a. aus erwarteten Zinserträgen von zwischenzeitlich 250 Mio. Euro durch Anlage der liquiden Mittel in Form von Tages- und Termingeldern resultiert.

B. Vorläufiger Saldo der Besonderen Finanzierungsvorgänge

Mio. Euro	Ansatz	Prognose	Abweichung	Abweichung
Einnahmeseitig	2.904	3.027	123	4%
Ausgabeseitig	426	533	107	25%
vorl. Saldo	2.478	2.493	15	

Der vorläufige Saldo der Besonderen Finanzierungsvorgänge erhöht sich gegenüber der Planung um 15 Mio. Euro und verringert sich gegenüber der Juniprognose (2.493 Mio. Euro statt 2.876 Mio. Euro) maßgeblich durch den Saldo der Rücklagen.

Die Veränderung gegenüber Juni resultiert einnahmeseitig insbesondere aus geringeren Entnahmen aus der Haushaltsentlastungsrücklage, der Energiekostenrücklage und dem Innovationsförderfonds.

C. Gesamthaushalt, Schuldenbremse und strukturelle Nettokreditaufnahme

Auf Basis der aktuellen Prognose per 31.10.2024 ergibt sich rechnerisch zunächst ein geringeres Finanzierungsdefizit von 4.173 Mio. Euro (Juni: 4.529 Mio. Euro) und damit eine Verschlechterung um 15 Mio. Euro gegenüber dem Plan. Ausgehend vom Grundsatz der Gesamtdeckung und einem kassenmäßigen Gesamtergebnis von Null würde diese Prognose dazu führen, dass bei einer planmäßigen Nettokreditaufnahme von 1.683 Mio. Euro in diesem Haushaltsjahr ein höherer Abbau der Reserven aus Rücklagen von zusätzlich 15 Mio. Euro erforderlich ist.

Die gesetzlich verankerte Zielgröße einer strukturellen Nettokreditaufnahme von nicht größer als Null zur Einhaltung der landesrechtlichen Schuldenbremse gemäß BerlSchuldenbremseG würde eingehalten werden.

D. Nachrichtlich: SIWA

Der Mittelabfluss des SIWA betrug im Zeitraum 01.01.2024 – 31.10.2024 178 Mio. Euro. Der gesamte Mittelabfluss seit dem 01.01.2015 bis zum Stichtag 31.10.2024 betrug 2.845 Mio. Euro. Für das Haushaltsjahr 2024 werden Ausgaben aus dem SIWA von 250 Mio. Euro (Juni: 300 Mio. Euro) durch sinkende sonstige Investitionsausgaben erwartet.

E. Fazit

Das Land Berlin wird ausgehend vom aktuellen Haushaltsplan und auf Basis dieser Prognose per 31.10.2024 das Haushaltsjahr 2024 voraussichtlich zwar etwas besser als im Juni angenommen (-15 Mio. Euro statt -398 Mio. Euro), aber noch immer mit einem gegenüber der Planung verschlechterten, erheblichen Finanzierungsdefizit von 4.173 Mio. Euro abschließen.

Einerseits schlagen sich die steuereinnahmemindernden Ergebnisse des Zensus 2022 sowie verschlechterten Marktbedingungen in den Steuereinnahmen nieder. Andererseits steigen insbesondere die konsumtiven Sachausgaben stark im Bereich der Transferausgaben sowie aufgrund der Fluchtbewegungen, der allgemeinen konjunkturellen Entwicklung mit Inflationstendenzen und Energiekostensteigerungen. Zugleich ist die weitere wirtschaftliche Entwicklung mit Blick auf das außenwirtschaftliche Umfeld weiterhin höchst volatil. Es ist daher derzeit noch nicht vollständig abzusehen, wie sich dies im weiteren Jahresverlauf auswirken wird.

Trotz einiger Entlastungseffekte werden die in den Vorjahren gebildeten Rücklagen aller Voraussicht nach in höherem Umfang als geplant zur Gegenfinanzierung herangezogen werden müssen.

Der Senat von Berlin

Kai Wegner
.....
Regierender Bürgermeister

Stefan Evers
.....
Senator für Finanzen

Aktueller Finanzstatus 2024
 [Prognose Gesamthaushalt]*
 *inkl. 2. Nachtragshaushalt 2024

Zeile	Einnahmen	Ist 2023	Ansatz 2024	Ist 2024	Prognose 2024	Abweichung ggüb. Ansatz
		Gesamt	Gesamt	per 31.10.2024	per 31.10.2024	
1	Steuern, LFA, BEZ, Kompensation KfzSt	28.331,8	29.176,4	23.696,4	29.221,6	45
2	Summe sonstige Einnahmen	7.346,7	6.957,1	5.763,9	7.309	352
3	Primäreinnahmen	35.678,5	36.133,5	29.460,3	36.531	397
4	Vermögensaktivierung im Epl. 29	8,7	12,5	4,2	5	-7
5	Bereinigte Einnahmen	35.687,2	36.146,0	29.464,6	36.536	390
6	Kreditaufnahme (netto)	-429,4	1.682,9	1.852,4	1.683	0
7	Entnahme aus Rücklagen	3.657,5	2.482,4	1.699,8	2.553	71
7a	darunter: Pandemierücklage (PRL)		255,8	1.188,2	1.188	932
7b	Haushaltentlastungsrücklage (HER)		550,0	0,0	365	-185
7c	Rücklage Energiekostensteigerung (EKRL)		350,0	350,0	350	0
8	Überschüsse aus Vorjahren	104,2	5,3	5,3	5	0
9	Verrechnungen (Einnahme)	422,1	416,4	409,6	468	52
10	Einnahmevervolumen	39.441,5	40.733,0	33.431,6	41.245	512
11	Deckungslücke/Überschuss (Einnahmevol. / . Ausgabevol.)	0,0	0,0	1.393,7	0	0
Zeile	Ausgaben	Ist 2023	Ansatz 2024	Ist 2024	Prognose 2024	Abweichung ggüb. Ansatz
		Gesamt	Gesamt	per 31.10.2024	per 31.10.2024	
12	Personalausgaben	11.462,9	12.299,1	9.935,1	11.758	-541
13	darunter: pauschale Mehr- und Minderausgaben (Saldo)	0,0	204,5			-204
14	konsumtive Sachausgaben ohne Zinsausgaben	21.313,5	21.730,8	18.173,3	23.500	1.769
15	davon: - sächliche Verwaltungsausgaben	5.597,5	6.208,5	4.500,5	6.400	191
16	- Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse	15.716,0	15.681,2	13.672,8	17.100	1.419
17	- pauschale Mehr- und Minderausgaben (Saldo)	0,0	-158,9	0,0	0	159
18	Investitionsausgaben (Zeilen 29,30)	3.910,2	5.147,8	2.801,7	4.650	-498
19	davon: - Bauausgaben	888,9	906,0	694,7	850	-56
20	- sonstige Investitionsausgaben	3.021,3	4.241,7	2.107,0	3.800	-442
21	Tilgungsausgaben öffentlicher Bereich	15,3	16,1	10,7	11	-5
32	Primärausgaben	36.702,0	39.193,8	30.920,7	39.919	725
23	Zinsausgaben	745,0	1.110,0	699,9	790	-320
24	Bereinigte Ausgaben	37.447,0	40.303,8	31.620,6	40.709	405
25	Tilgungsausgaben an Kreditmarkt	1,8	3,1	1,5	3	0
26	Zuführung an Rücklagen	1.469,0	4,5	1,7	60	56
27	Abdeckung von Fehlbeträgen der Vorjahre	104,2	5,3	5,3	5	0
28	Verrechnungen (Ausgabe)	419,6	416,4	408,8	468	52
29	Ausgabevervolumen	39.441,5	40.733,0	32.038,0	41.245	512
30	Primärsaldo (Primäreinnahmen / . Primärausgaben)	-1.023,5	-3.060,2	-1.460,4	-3.388	-328
31	Finanzierungssaldo (Bereinigte Einnahmen / . Bereinigte Ausgaben)	-1.759,8	-4.157,7	-2.156,1	-4.173,1	-15
32	Saldo der Besonderen Finanzierungsvorgänge (Summe Zeilen 7, 8 und 9 minus Summe Zeilen 26, 27 und 28)	2.191	2.478	1.699	2.493	15

Personalausgaben 2024 - Gesamtübersicht -
***inkl. 2. Nachtragshaushalt 2024**

Stand: 31.10.2024

Angaben in TEUR

Bereich / Obergruppe	Ansatz HPl. 2024	Ist 31.10.2024	Prognose 2024	Differenz	prozentuale Abweichung
1	2	3	4	5	6
Ausgaben der Obergruppe 42 (inkl. dezentrale Pauschalen der Ogr 46) Bezüge, Gehälter, Löhne, Honorare	8.489.887	6.756.824	8.127.484	-362.403	-4,3%
<i>davon:</i>					
<i>Hauptverwaltung</i>	6.963.942	5.594.283	6.673.956	-289.986	-4,2%
<i>Bezirke</i>	1.525.945	1.162.541	1.453.528	-72.417	-4,7%
Ausbildungsmittel	263.256	183.844	218.069	-45.187	-17,2%
Personalüberhang	10.150	5.794	7.528	-2.622	-25,8%
Einnahmefinanzierte Personalausgaben	148.765	97.118	141.102	-7.663	-5,2%
Ausgaben der Obergruppe 43					
Versorgungsausgaben	2.362.836	1.892.241	2.395.418	32.582	1,4%
Versorgungsrücklage	80.501	80.500	80.500	-1	0,0%
Ausgaben der Obergruppe 44					
Beihilfen, Fürsorgeleistungen	640.676	553.815	694.024	53.348	8,3%
Ausgaben der Obergruppen 41 und 45					
Aufwendungen für Abgeordnete, Sonstige Fürsorgeleistungen	86.071	70.206	93.607	7.536	8,8%
Ausgaben der Obergruppe 46 (ohne dezentrale Pauschalen) Zentrale Pauschale Mehr- und Minderausgaben	217.000	0	0	-217.000	-100,0%
Gesamtsumme	12.299.142	9.640.340	11.757.732	-541.410	-4,4%